



Kofinanziert von der Europäischen Union



Better Migration Management
Horn of Africa



Better Migration Management (BMM) Programm in Eritrea

Generaler Kontext

Eritrea ist ein junges Land im Norden des Horns von Afrika. Es erlangte 1991 nach 30 Jahren bewaffneten Konflikts mit Äthiopien seine Unabhängigkeit. Allerdings brachen wenige Jahre später weitere Grenzkonflikte zwischen den beiden Ländern aus, bevor 2018 ein Friedensabkommen unterzeichnet wurde, das eine sozio-ökonomische Entwicklung in Aussicht stellte. Eritreas Bevölkerung wird auf 3,5 Millionen geschätzt (UN, 2020).

Eritreer*innen, insbesondere der jungen Generation, reisen ins Ausland, um bessere Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Die meisten Personen, die das Land dauerhaft verlassen, reisen ohne die erforderlichen Dokumente aus. Ihr irregulärer Status macht sie anfällig dafür, Opfer von Menschenhandel zu werden, insbesondere in nicht autorisierten Durchgangslagern. Viele werden gegen Lösegeld entführt, zu ausbeuterischer Arbeit gezwungen oder werden körperlich misshandelt.

Eritrea ist Mitglied des Khartum-Prozesses, in dem sich die Europäische Union, ihre Mitgliedsstaaten

Better Migration Management
Horn of Africa

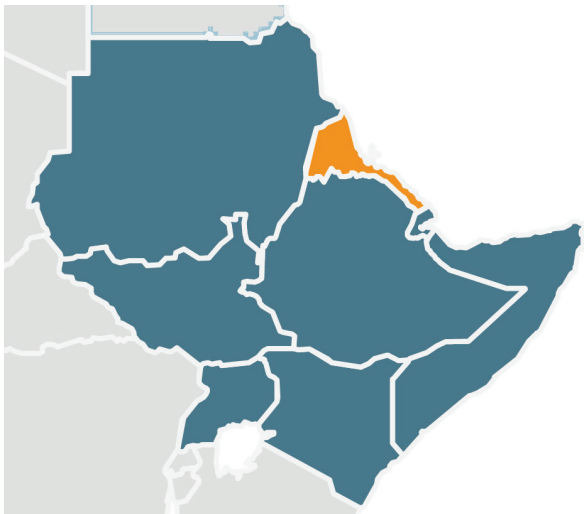


Projektname	Better Migration Management Programm
Politischer Partner in Eritrea	Außenministerium
Laufzeit	April 2016 bis September 2022
Durchführungspartner in Eritrea	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC). GIZ koordiniert die Umsetzung des Programms

und die Herkunfts-, Transit- und Zielländern am Horn von Afrika zu einem regionalen Dialog zur Zusammenarbeit in Migrationsfragen zusammengeschlossen haben. Anfangs konzentrierte sich der Prozess allein auf die Bekämpfung des Menschenhandels und -schmuggels. Eritrea hat erste Schritte unternommen, den transnationalen Menschenhandel einzudämmen. Die Regierung hat

Durchgeführt von:





das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (UNTOC) und das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Ahndung des Menschenhandels, insbesondere von Frauen und Kindern, im Jahr 2014 ratifiziert.

Das Better Migration Management (BMM) Programm wurde 2016 von der Europäischen Union und Deutschland aufgesetzt, um auf die Bedarfe der afrikanischen Mitglieder des Khartum-Prozesses einzugehen. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der Kommission der Afrikanischen Union und der *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) durchgeführt. BMM zielt darauf ab, Menschenhandel und -schmuggel innerhalb und aus der Region einzudämmen und zur Stärkung der Rechte von Migrant*innen auf Schutz beizutragen - trotz der zahlreichen Herausforderungen im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen in der Region sowie der anhaltenden Pandemie, die zu Verzögerungen bei der Umsetzung des Programms führt.

2019 hat BMM den ersten regionalen Workshop zur Stärkung der internationalen und regionalen polizeilichen Zusammenarbeit in Ostafrika zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität in Eritrea durchgeführt. An dem Workshop nahmen hochrangige Vertreter*innen der Strafjustiz aus Eritrea, Äthiopien, Kenia, Somalia und Uganda sowie Beamt*innen des Interpol-Regionalbüros für Ostafrika und IGAD teil. Die Veranstaltung unterstrich die Notwendigkeit, rechtliche Rahmenbedingungen und Regelungen für gemeinsame Operationen und Investigationen, einschließlich digitaler und finanzieller Ermittlungen, im Einklang mit UNTOC zu verbessern.

BMM organisierte Trainings für Regierungsakteur*innen zur Bekämpfung transnationaler Menschenhandel- und Schmuggelnetzwerke

mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Opfer von Menschenhandel. Strafverfolgungsbeamt*innen wurden geschult, um Fälle von Menschenhandel und -schmuggel zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, während Vertreter*innen des Justizministeriums über die Bedeutung von Strafjustizstatistiken und Datenerfassung aufgeklärt wurden.

Darüber hinaus hat das Programm einen Dialog über Migrationsmanagement im Einklang mit Menschenrechtsstandards zwischen Vertreter*innen des Außenministeriums, des Justizministeriums, des Ministeriums für Arbeit und Soziales, des Informationsministeriums, der Nationalen Union Eritreischer Frauen und der Nationalen Union Eritreischer Jugend und Student*innen initiiert.

Alle Aktivitäten werden in voller Übereinstimmung mit den politischen Anforderungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gegenüber den staatlichen Behörden von Eritrea durchgeführt.

Ansatz und Aktivitäten von BMM

Übergreifendes Ziel des Programms ist es, nationale Behörden und Institutionen im Rahmen eines menschenrechtsbasierten Ansatzes zu befähigen, eine sichere, geregelte und legale Migration zu ermöglichen sowie Menschenhandel und -schleusung in und aus der Region am Horn von Afrika effektiv zu bekämpfen und einzudämmen. Hierfür werden in drei ineinandergreifenden Bereichen Maßnahmen umgesetzt: Migrations-Governance, effektive Institutionen zur Bekämpfung von Menschenhandel und -schleusung sowie Schutz von vulnerablen Migrant*innen. Basierend auf den Wirkungen der ersten Programmphase konzentriert sich Phase II



Staatliche und nichtstaatliche Akteure werden mit Workshops und Schulungen zu migrationsbezogenen Themen unterstützt. ©GIZ

darauf, den regionalen und ganzheitlichen Ansatz im Migrationsmanagement auszubauen und dessen Nachhaltigkeit über die Projektlaufzeit hinaus sicherzustellen.

Die Implementierungspartner von BMM stimmen ihre Aktivitäten eng mit denen anderer internationaler Programme ab, die von der EU oder anderen Geldgebern finanziert werden, um Synergien zu nutzen und Doppelungen zu vermeiden.

Migrations-Governance

Das Programm unterstützt weiterhin das Außenministerium und das Justizministerium bei der



Beamte*innen von Strafverfolgungsbehörden erhalten Schulungen, um effektiver gegen Menschenhandel vorgehen zu können. ©UNODC

Umsetzung des UNTOC-Protokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg. Es bietet kontinuierliche Beratung auf politischer, rechtlicher und technischer Ebene an.

Effektive Institutionen zur Bekämpfung von Menschenhandel und -schleusung

BMM verbessert die Effektivität der Institutionen bei der Umsetzung der aktualisierten Migrationspolitik und -gesetzgebung. Das Programm stärkt die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und der Justiz bei Menschenhandel und Schleusung von Migrant*innen. Ermittler*innen und Staatsanwält*innen erhalten Schulungen zu ihren relevanten Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb von Strafverfahren. Staatsanwält*innen und Richter*innen erhalten erweiterte Kenntnisse, um Fälle von Menschenhandel und Schleusung von Migrant*innen gerichtlich zu behandeln.

Schutz

BMM verbessert den Schutz von Opfern von Menschenhandel in Eritrea. Das Programm unterstützt das Außenministerium bei der Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie und eines Aktionsplans zur Sensibilisierung zu Menschenhandel.

Wirkungen (April 2016 – September 2021)



174 Vertreter*innen von staatlichen Behörden zur Verbesserung des koordinierten Managements von Migration und zur Stärkung nationaler Migrationspolitiken, Gesetzgebung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit unterstützt.



4 Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau für **90** staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen im Bereich Strafermittlung und -verfolgung von Menschenhandel durchgeführt.

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft	Bonn und Eschborn, Deutschland
Projekt	Better Migration Management Programm Rue de la Charité 33 / Liefdadigheidsstraat 33 1210 Bruxelles/Brussels Belgique/België
Kontakt	Sabine Wenz, Programmdirektorin E-mail: Sabine.Wenz@giz.de Phase II EUTF website Phase I EUTF website GIZ website

Kontakt	BMM Regionalbüro Eritrea / Äthiopien / Dschibuti Pierre.Jaubert@giz.de
Design/Layout	GIZ/Ira Olaleye
Fotonachweise	GIZ, UNODC
Das Programm wird kofinanziert von der Europäischen Union und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung der GIZ und gibt nicht notwendigerweise die Meinung der EU und des BMZ wieder.	
Erscheinungsort und -jahr	February 2022, Brüssel